

Zu dem Verrat der Demokratie und der Liberalität
durch die amtierenden Demokraten
und
über das Elend
der theoretischen und praktischen Ökonomie

als Ursache des Mordens, des Hungers und der Fluchtbewegungen in der Welt

Beiträge in Form eines Blogs

von
Tristan Abromeit

Abschluss April 2017

www.tristan-abromeit.de

Text 147.0.1 und 147.0.2

> **Anhang 6 von 6** <

Text 147.6

Die 58. Müндener Gespräche

vom 29./ 30. Oktober 2016

in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte (SGT)

Nachklang und mehr:

Die Todsünde der Nationalökonomie von Otto Conrad /

Die Bankpolitik heute und morgen von Wolfgang Stützel /

«Wo es zu viele junge Männer gibt, wird getötet»

Interview mit Gunnar Heinsohn

Zur Geldnutzungsgebühr, Seigniorage und Goldene Regel der
Kapitalakkumulation

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

<http://humane-wirtschaft.de/58-muen%C2%ADde%C2%ADner-gespraech-programm/>

Beispiel einer internen Kommunikation auf der NWO-Mailing-Liste
(Teilnahmebedingungen unter www.nwo.de Webmaster: Anselm Rapp.)

Anhang im Anhang 6 von 6 zum Text 147.01 und 147.02

Anhang im Anhang 6: **FAZ** / Samstag, 29. August 1964 /

Keine Sonderstellung der Banken in der Marktwirtschaft

Das kreditpolitische **Gutachten von Professor Stützel**

Die 58. Mündener Gespräche
vom 29./ 30. Oktober 2016
in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte (SGT)

Nachklang ¹ und mehr:

Die Todsünde der Nationalökonomie von Otto Conrad / *Die Bankpolitik heute und morgen* von
Wolfgang Stützel / *«Wo es zu viele junge Männer gibt, wird getötet» Interview* mit Gunnar
Heinsohn

von Tristan Abromeit vom 4. 11. 2016

abromeit@t-online.de

www.tristan-abromeit.de

Links u.a. auf Auszüge von Otto Conrad

Anhänge:

~~Lexikoneintrag von Stützel zu Gesell~~

Rezension des Gutachtens von Stützel

~~Ein Flugblatt von Detlef Obote~~

~~Ein Flugblatt zu *Zinsen, Hexen, Habermas* (Heinsohn) von A. Rapp / G. Otto~~

~~Gliederung des Vortrages *Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie
ohne Eigentum* von Otto Steiger (32. Mündener Gespräche)~~

¹ Beim Speichern dieses Textes stellte ich fest, dass ich zu den 55. Mündener Gesprächen im März 2015 auf 16 Seiten Splitter der Gedanken, die in mir durch meine Teilnahme ausgelöst wurden, formuliert und über die NWO-Liste versandt habe. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich auch nur eine Rückmeldung erhalten habe. Das ist keine Ermutigung, mich hier wieder zu bemühen. Aber da es weitgehend der Normalzustand unter den NWO-Bewegten ist, mache ich weiter.

Die 58. MG fanden zum ersten Mal in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte statt. Die nächste ist im Frühjahr 2017 an gleicher Stelle geplant. Informationen unter:

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

Ich selber finde, dass die Mündener Gespräche mit der 60. Folge enden sollten, um dann mit einem neuen Konzept unter einem Titel, der auch jenen Menschen etwas sagt, die davon zum ersten Mal etwas hören, neu zu starten.

Abgesehen davon, dass mir lange Fahrten – egal ob mit dem Zug oder dem Auto – kein Vergnügen mehr bereiten, war für mich die Teilnahme eine Bereicherung. Die Teilnehmerzahl zwischen 40 und 50 reichte auch für einen vielseitigen Meinungs austausch aus. Die Tagungsstätte und ihr Umfeld machen einen guten Eindruck. Das Essen war gut. Klagen habe ich über die Zufahrt vom Bahnhof Wuppertal gehört. Für Menschen – wie mich -, die auf Hörhilfen angewiesen sind, ist der Essraum eine akustische Katastrophe. Aber wenn man nichts mehr versteht, bleibt ja noch das Sehen, so zu sagen ein Stummfilm als Geräuschefilm.

Die Vorträge waren alle inhaltlich reich und anregend. Es wäre natürlich nützlich, für jeden Vortrag am Morgen den Rest des Tages für eine Vertiefung des jeweiligen Themas anzusetzen. Das ist aber leider unter den Bedingungen einer Wochenendtagung nicht möglich.

Jörg Gude von der SG, der auch die Begrüßung und Einführung in die Tagung vorgenommen hatte, stellte am Schluss fest, dass Fragen der Strategie diesmal erst später eingesetzt hätten. Warum – so ist mir die Frage gekommen – wird nicht eine ganze Tagung dem Strategiethema mit kompetenten Referenten gewidmet?

Dirk Löhr meinte, dass uns die Fähigkeit – Kampagnen auszulösen und zu führen – fehlen würde. Und dass wir uns am Geldthema – und hier an der Geldschöpfung - festbeißen würden. Ich teile mit Dirk die Ansicht, dass in den letzten Jahrzehnten das Bodenrechtsproblem zu kurz gekommen ist. Es sind – da die Freiwirtschaft eine gesamtgesellschaftliche Ordnung ist – auch andere Themen zu kurz gekommen. Es ergibt aber keinen Sinn, uns gegenseitig vorzuwerfen, wir würden die Freiwirtschaft einseitig vertreten. Bei den vielfältigen Themen ist eine gewisse Arbeitsteilung schon erforderlich, nur ist diese bei den geringen Mitteln und Mitwirkern nicht leicht durchzusetzen. Es werden bei der ehrenamtlichen Arbeit ohne eine anweisende Instanz eben die Felder bearbeitet, die freiwillig aufgegriffen werden (können). **Helmut Creutz** hat dafür gesorgt, dass das Geld und der Zins eine

größere Aufmerksamkeit und Zuwendung gefunden hat. Ohne *Fritz Andres* wäre das Bodenthema noch mehr ins Hintertreffen geraten. Dirk Löhr sorgt nun dafür, dass das Bodenthema mehr Gewicht erhält. Ich denke, auf die Gewichtung der Themen bezogene Eifersüchteleien sind fehl am Platze.

Bei der Vertretung der Freiwirtschaft nach außen kommt es auf Konzilianz, Klarheit und Eindeutigkeit an. Die Eindeutigkeit darf auch bei Kooperationen mit anderen Gruppen und in Kampagnen nicht verloren gehen. Bei Kooperationen muss natürlich das Gemeinsame, das wir mit den Kooperationspartnern teilen, im Vordergrund stehen. Aber wenn die eigene inhaltliche Substanz nicht verloren gehen soll, bringt die ausschließliche Konzentration und Einbringung in Kampagnen für uns nur nichts oder gar einen Verlust. Es muss eine Kernmannschaft geben, die ohne Kompromisse auf der Linie der NWO arbeitet. Eine bewusste strategische Zweigleisigkeit mit einer Werk- oder Systemtreue und eine flexible Anpassung an Formulierungen von Bündnispartnern scheint mir schwierig aber möglich zu sein.

Die freiwirtschaftlichen Gründer der grünen Partei haben so sehr das Gemeinsame mit den anderen Gründern bei ihrer Arbeit in den Vordergrund gestellt, dass sie selber mit ihrem Anliegen verloren gegangen sind. Und letztlich ist die Kooperation der Freiwirtschaftler mit den Ordoliberalen zum Schaden der Gesamtgesellschaft ebenfalls gescheitert. Hier, weil die Freiwirte sich nicht verbiegen lassen wollten und daher aus ihrer eigenen Gründung heraus gedrängt wurden. Was wäre es für die Gesamtgesellschaft auch für einen Gewinn gewesen, wenn die Freiwirte einfach auf den Kurs jener eingeschwenkt wären, die unter Sozialer Marktwirtschaft den Kapitalismus mit einem angehängten sozialen zentralverwaltungswirtschaftlichem Sicherungssystem verstanden? Ich hatte zuerst formuliert: Bei aller Bereitschaft überall – wo es um Ökonomie und Gesellschaftsgestaltung geht – mitzumischen, muss es eine Kernmannschaft geben, die die „reine“ Lehre vertritt. „Rein“ steht hier für ein Maß wie das Ur-Meter. Jedenfalls bis zur eindeutigen Widerlegung der freiwirtschaftlichen Aussagen. Und mit der Klärung des Geldschöpfungstreits fällt das Urteil, ob die Freiwirtschaft Sinn oder Unsinn ist. Die Pflege beider Sichtweisen darüber, ob die Banken Geld schöpfen können oder nicht, führt nur zu einer Lähmung und Unglaubwürdigkeit. Die Selbstaufgabe ist nur dann gerechtfertigt, wenn dadurch auf einer höheren Ebene bessere Erkenntnisse und Gestaltungsformen und -kräfte entstehen können.

Kadereit von der Humanwirtschaftspartei (Mir fällt der Vorname nicht ein und eine Teilnehmerliste

zum Nachschauen wurde nicht verteilt.)² klagte über die Isolierung der Humanwirtschaftspartei durch die Mitglieder anderer NWO-Gruppen. Er erwähnte sinngemäß auch Helmut Creutz, der gesagt hätte, die HW-Partei würde die Arbeit der anderen NWO-Gruppen behindern. Ich habe schon viele Jahre vor dem Namenswechsel der FSU gesagt, dass der Versuch, über eine Partei mit einem ausschließlichen freiwirtschaftlichen Programm Einfluss auf die Politik zu bekommen, nur ein Kräfteverschleiß ist. Die Trennung der Zeitschrift DER DRITTE WEG (Heute *Humane Wirtschaft*) von der Partei war z. B. ein Gewinn für alle NWO-Freunde. Aber über all die Fragen, die mit der Vertretung der NWO verbunden sind, kann und muss man sprechen und keiner von uns hat da ein Monopol für die richtige Sicht der Dinge. Aber vermutlich ist es richtig, dass der Gründungsverlauf der grünen Partei für uns erfreulicher gewesen wäre, wenn wenigstens die Hälfte der NWO-Freunde sich in die Gründung und den Anlauf der GRÜNEN eingebracht hätte. Aber es gab ja nicht einmal den großen Ratschlag, um zu klären, ob dieses sinnvoll ist oder nicht.³

Als **Fritz Andres** in seinem Referat von den Parzellen sprach, die zusammengefügt eben eine Kugel ohne Außengrenze ergebe, habe ich daran gedacht, dass ich selbst einmal die Kugel als Symbol für die künftige Struktur von Unternehmen benutzt habe. In meinem Mail von 20. 10., mit dem ich Links zum **Thema Bankenbrief** – der in der Mitgliederversammlung der SG am Vorabend der Mündener Gespräche kein Thema war – Links zu diesem Thema vermittelt habe, ist auch dieser vorhanden: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.10%20OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf> Es ist mein Text aus 1972, den ich in der Nord LB geschrieben und in den Umlauf gebracht habe. Er befindet sich in der Dokumentation 10 zur „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil“. Es heißt dort:

Das moderne Unternehmen wird ein Geflecht von Subunternehmen sein. Die Geschäftsleitung wird sich zur Unternehmenskoordination wandeln. ‚Unten‘ und ‚Oben‘ der Unternehmensstruktur wird es jeweils nur innerhalb begrenzter Funktionen geben. Die Unternehmensspitze wird zum Unternehmenskern, der aber herausgeschleudert werden wird, wenn er seine Funktionen nicht erfüllt. In diesem Sinne sprach ich in der Personalversammlung von dem statischen Kegel als Symbol für die Hierarchie und von der dynamischen Kugel als Symbol für die Organisationsstruktur der autonomen Einheiten. Daß dieses Thema ak-

2 Unter <http://humanwirtschaftspartei.de/hans-kadereit-2/> habe ich Hans-Kadereit mit Bindestrich gefunden. Aber das beigefügte Bild passt nicht zu dem Kadereit, den ich in den Mündener Gesprächen gesehen habe.

3 Das ist ein gewisser Widerspruch zu meiner Aussage, dass die NWO nicht über eine Partei den Bürgern vermittelt werden kann. Eine politische Partei kann nicht erfolgreich sein mit einem Lernprogramm in Sachen Ökonomie für die Wähler. Parteien haben Erfolg oder entstehen neu, wenn es ihnen gelingt, ein latentes oder offenes Bedürfnis in der Wählerschaft glaubhaft zu befriedigen. Dass es dabei nicht auf die Korrektheit der Aussagen ankommt, hat man bei der Wahl des neuen Präsidenten der USA gesehen. Anders sieht es aus, wenn eine etablierte Partei mit politischem Marktwert freiwirtschaftliche Inhalte übernehmen würde, dann könnten diese Inhalte Gegenstand des Wettbewerbes der konkurrierenden Parteien werden. Aber noch sind wir nicht in der Lage, einer unserer Parteien, die es in die Parlamente geschafft haben, unsere Inhalte zu vermitteln.

tuell ist, beweisen die sich häufenden Stellungnahmen gegen und die Veröffentlichungen und Vorträge über die Hierarchie in den Unternehmen. So hörte ich am 31. 5. in der Sendung ‚Welt der Arbeit‘ vom NDR den Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV, Kluncker, gegen die Hierarchie sprechen. Am Tag zuvor erhielt ich eine Einladung von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hochschule für Wirtschaft und Politik eV. in Hamburg zur Arbeitstagung mit dem Thema: „Ist die Hierarchie als Organisationsprinzip überholt?“ In einem Werbeprospekt des ‚manager magazins‘ wird auf eine entsprechende Untersuchung von Prof. Irle hingewiesen. Und das Interview mit Robert Jungk in ‚Capital‘ 6/72 ist in diesem Zusammenhang auch interessant.

Als ich damals vom Subunternehmer sprach, habe ich natürlich nicht an die heutigen Subunternehmer in prekären Existenzen gedacht.

Auch die Vorträge von **Henning Wilts** über „Ansätze einer effizienten und gerechten Ressourcennutzung und von **Ulrich Schachtschneider** (Wegen der Gleichbehandlung sind alle Referenten ohne akademische Titel genannt.) waren inhaltsreich. Gegen ein Ausgleichseinkommen - finanziert aus der abgeschöpften Bodenrente im weitesten Sinne – habe ich keine Einwände. Aber ein steuerfinanziertes bedingungsloses Grundeinkommen halte ich für eine weitere Methode, die Erwerbsarbeit auszubeuten und einen Weg zur Herrschaft der Moralpolizei, die sich nach kurzer Zeit bilden wird, zu bauen. Dabei kann ich den Ausgangspunkt solcher Vorstellungen gut verstehen. Die Realisierung der Freiwirtschaft ist eine bessere Methode, den Raum für Muße, unentgeltliche Gesellschaftsarbeit und ökonomischer Geborgenheit zu schaffen. Es spricht aber nichts dagegen, wenn sich Menschen privatrechtlich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zusammenschließen und das Modell ohne Zwangsmitgliedschaft realisieren.

In der Buchvorstellung mit Klezmer (Musik) von **Stefan Mekiffer** hat mir seine Musik gut gefallen. Seine Ausführungen zu seinem Buch „*Warum eigentlich genug Geld für alle da ist*“ konnte ich aufgrund meiner Schwerhörigkeit und seiner Sprachprägung nicht folgen. Aufmerksam verfolgt habe ich aber **Thomas Kubo**, Student der klassischen Philologie, er hat ein Konzept der Erfassung des Vorlasses von Helmut Creutz vorgestellt. Stefan Mekiffer hat die Arbeit aus eigenem Antrieb begonnen und schon eine Menge von Helmut's Arbeiten und vom Schriftverkehr erfasst. Er hätte es ja wohl nicht gemacht, wenn er das Wirken von Helmut Creutz nicht als bedeutend eingestuft hätte. Ich hörte gesprächsweise ein paar Stimmen, die meinten, Helmut Creutz hätte den Zins zu sehr in den Vordergrund gerückt. Ist das wirklich so? Die jungen Leute können ja abwarten, wie seine Arbeiten in zwanzig oder fünfzig Jahren gewertet werden. Helmut's Verdienst ist in jedem Fall, dass er für die Freiwirtschaft enorm viele Interessenten gewonnen hat. Und wer andere Themen wichtiger findet als den Zins und seine Wirkungen, ist ja nicht gehindert andere Themenschwerpunkte nach vorne zu

bringen. Ich hoffe, ich habe alle Akteure der Veranstaltung genannt. Jedenfalls habe keinen absichtlich ausgelassen.

Ich komme zu *Norbert Olaf*, mit dem ich bei heiterer Grundstimmung häufiger ins Gespräch gekommen bin. Bevor ich zu seinem Vortrag komme, noch eine kurze allgemeine Anmerkung zur heutigen technischen Unterstützung von Vorträgen. Es ist für mich erstaunlich, was heute alles mit der PowerPoint-Technik gemacht werden kann. Der Wechsel der Bilder darf aber nicht zu schnell erfolgen, weil man sonst nur einen bombastischen Eindruck bekommt, aber nichts verstanden hat. Die vorherige technische Unterstützung von Vorträgen mit dem Overheadprojektor ist immer noch eine gute Vermittlungshilfe, wenn ein Vortragender, wie Fritz Andres ihn nutzt. Da hat sogar das Verrutschen des Abdeckblattes noch eine stimulierende Wirkung.

Ich habe ein schlechtes Namensgedächtnis. Als ich die Vortragsankündigung von Norbert Olah las, kam mir der Name bekannt vor. Ich konnte mich aber nicht erinnern, wo ich ihn schon gehört oder gelesen habe. Dass dieses in einem der vorangehenden Mündener Gesprächen war, erfuhr ich von ihm in der SGT in Wuppertal. Ich hatte bis dahin in einem falschen Ordner meines Gedächtnisses gesucht. Ein Flugblatt hatte ich in Erinnerung, in dem ein Mitglied sich von der grünen Partei verabschiedete. Ich habe mich heute vergewissert: Der Mensch, an den ich mich erinnerte, heißt Detlef Obote. Das Flugblatt muss 1985 erschienen sein. Ich scanne es ein, weil hier deutlich wird, was es eigentlich bedeutet, wenn man sich auf eine Bewegung (oder auch Kampagne) einlässt. Ich habe in meiner Internetpräsentation auch einen Bericht über einen Grünen, der sich aufgrund der Auseinandersetzungen in der Partei das Leben genommen hat. Bewegungen und Kampagnen haben eben auch eine negative Kehrseite. Und wenn eine Bewegung wie die Nationalsozialisten oder Kommunisten zur Macht gelangen, dann kommt es auch vor, dass Weggenossen ermordet werden.⁴

Das Referat von Norbert Olah fand ich in der Art und Technik gut. Und das habe ich ihm auch per-

⁴ Ich komme darauf, weil ich gerade in „Postkapitalismus“ von Paul Mason gelesen habe, wie herausragende Ökonomen in der UdSSR wegen Abweichung ermordet wurden.

> *Vor dem Erschießungskommando*

Der Häftling schlurft, er kann nicht gehen. Er ist halb blind, leidet unter einer chronischen Herzkrankheit und klinischer Depression. »Ich kann mich einfach nicht zum systematischen Denken zwingen«, schreibt er in einem Brief. »Ohne aktive Arbeit mit Material und Büchern und aufgrund der Kopfschmerzen fällt es mir sehr schwer, überhaupt wissenschaftlich zu denken.«'

Als er diesen Brief schrieb, hatte Nikolai Kondratjew bereits acht Jahre als politischer Häftling in einem Gefängnis östlich von Moskau verbracht. Er durfte nur Bücher und Zeitungen lesen, die von Stalins Geheimpolizei genehmigt worden waren. Er hatte in den eisigen Wintern gefroren und in den schwülen Sommern geschwitzt, aber sein Leiden sollte bald ein Ende haben. Am 17. September 1938, am Tag, als seine Haftzeit endete, wurde Kondratjew ein zweites Mal angeklagt, im Eilverfahren wegen »antisowjetischer Umtriebe« zum Tode verurteilt und in seiner Einzelzelle von einem Erschießungskommando hingerichtet. < (S. 61 f)

sönlich gesagt und außerdem angemerkt, dass ich ein wenig neidisch wäre auf seine Fähigkeit, sich aus einem Einzelgespräch zu lösen und ohne Aufregung vor dem Publikum zu sprechen, so als gäbe es da keinen Unterschied. Ich selber habe diese Fähigkeit nicht. Lange wollte keiner hören, was ich zu sagen habe und später war ich blockiert, weil ich dachte, ich könne meine (unsere) Sache nicht gut genug vortragen. Aber zuhören kann ich, soweit nicht englisch gesprochen wird. Daher möchte ich auf drei Schwächen des Vortrages eingehen (Auf die Einkommensverteilung nach Produktionsfaktoren sind gleich in der Diskussion .. Kadereit und Werner Onken kurz eingegangen.) Aber wie ich jetzt in der Ausgabe der *Humane Wirtschaft* 3/016, ab Seite 40 nachträglich feststelle, sind die zu kritisierenden Aussagen nicht alleine auf seinen Mist gewachsen, sondern auch auf jenem von Thomas Huth und Dirk Löhr.

Es geht um die Mit-Finanzierung des Staates neben der Bodenrente durch die Geldnutzungsgebühren und die Seigniorage (Münzgewinn) und um die goldene Regel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Zur Geldnutzungsgebühr:

Die Geldnutzungsgebühr zielt nicht wie die Transaktionssteuer auf staatliche Einnahmen, sondern hat zum Ziel die Umlaufsicherung des Geldes. Die Höhe dieser Gebühr ist an seinen Zweck gebunden und nicht am Finanzbedarf des Staates. Unter diesem Aspekt ist es besser von einer Geldumlaufsicherungsgebühr zu sprechen. Im Hinblick darauf, dass nach Einführung des Freigeldes diese Gebühren fast die einzigen Einnahmen der Notenbanken sein werden, ist es auch gerechtfertigt von einer Nutzungsgebühr zu sprechen. Diese Gebühr ist keine Steuer und schon lange nicht ein Zins. Wenn wir selber nicht klar in unserer Sprache sind, können wir auch der Öffentlichkeit keine aufklärende Klarheit vermitteln. Wenn wir den steuergeilen Politikern vermitteln, dass mit der Geldnutzungsgebühr das Steuersäckel gefüllt werden kann, wird diese Geldreform nur wenige Freunde aber viele Gegner gewinnen. Der Rest einer optimalen Geldnutzungsgebühr, den die Notenbank nicht für ihre Kostendeckung benötigt, gehört natürlich den staatlichen Trägern der Notenbanken.

Zur Seigniorage:

Die Seigniorage – der Münzprägungsgewinn - wäre nur dann ein Beitrag für die Finanzen des Staates – im Fall des Euro: der Staaten –, wenn die Banken tatsächlich Kredite schöpfen könnten und der vermutete Schöpfungsgewinn auf den Staat umgelenkt würde. Aber wer von diesem Modell ausgeht, operiert nicht mehr im freiwirtschaftlichen Modell. Und wenn wir vom Monopol der Geld-

schöpfung durch die Noten- oder Zentralbanken ausgehen, bleibt kein großer Gewinn zum Weiterleiten an die Finanzminister übrig. Beim Neustart einer Volkswirtschaft muss man die Erstausrüstung der Bürger schon unentgeltlich oder im Tausch gegen abgewertetes oder außer Kurs gesetztes Geld vornehmen. Die Bestandspflege (Erneuerung) des umlaufenden Geldes verursacht nur Kosten und keinen Gewinn. Es bleibt nur der kleine Teil des Geldes aus einer Geldmengenerweiterung auf Grund eines Wirtschaftswachstums übrig, aus der - je nach Emissionsart - ein Prägegewinn gezogen werden könnte aber nicht zwingend muss. Wenn z. B. eine Geldmengenerweiterung mittels Diskontierung von Handelswechseln durch die Notenbank bei nahe Null Prozent Zins vorgenommen würde, bliebe so gut wie kein Ertrag übrig. Man bedenke, die Notenbank ist keine Geschäftsbank und nach einer freiwirtschaftlichen Geldreform werden ihre heutigen Aktivitäten bis auf die Kernaufgaben zusammengestrichen.

Zur Goldenen Regel der Kapitalakkumulation (Siehe auch:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/goldene-regel-der-kapitalakkumulation.html>)

In dem HW-Artikel „Goldene Regeln – goldene Zeiten“ von Norbert Olah, Thomas Huth & Dirk Löhr“ in der Ausgabe 03/2016, Seite 40, rechte Spalte, der sich inhaltlich wohl mit dem Referat von Norbert Olah deckt, heißt es im Abschnitt „Goldene Regeln“:

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung führt Buch über die Entstehung, Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts. Sowohl die goldene Regel der Kapitalakkumulation (*Maurice-Allais-Theorem*) als auch die goldene Regel der Staatsfinanzierung (*Henry-George-Theorem*) beschreiben Entsprechungen zwischen der Verwendung und der Verteilung des Sozialprodukts. Auf einem optimalen Wachstumspfad muss das Arbeitseinkommen dem Konsum entsprechen und das Kapitaleinkommen den Investitionen. Die öffentlichen Güter sollen aus der Bodenrente finanziert werden. Insgesamt hat man also drei Gleichungen für die Entlohnung der drei Produktionsfaktoren *Arbeit*, *Kapital* und *Boden*:

ARBEITSEINKOMMEN = KONSUM

KAPITALEINKOMMEN = INVESTITION

BODENRENTE + GÜTERSTEUERN = STAATSGÜTER

Die goldenen Regeln beschreiben einen optimalen und ausbeutungsfreien Wirtschaftsprozess. Es stellt sich somit die Frage, inwieweit die goldenen Regeln in der ökonomischen Realität erfüllt sind oder erfüllt werden können. Hierzu werden im Folgenden die Daten der volkswirtschaftlichen *Gesamtrechnung untersucht* (*Quelle: Statistisches Bundesamt*). (Ohne Fußnoten. TA)

Ich denke, hier haben die drei Autoren sich gedanklich verrannt oder missverständlich ausgedrückt.

Wie kann man zu einem ausbeutungsfreien Wirtschaftsprozess kommen, wenn man das Kapitalein-

kommen, das sich vom Arbeitseinkommen nährt, seine Berechtigung lässt? ⁵

Die Entstehung des Sozialismus, die Leiden um seine Form und Durchsetzung, drehen sich doch um die Frage, wie der Kapitalertrag seinem rechtmäßigen Eigentümer, dem wirtschaftlich arbeitenden Menschen zugeführt werden kann. Sozialismus heißt ursprünglich nur, dass dem Mensch sein voller Arbeitsertrag verschafft werden soll. Der Weg dahin war am Anfang offen und ist bis heute strittig. Rudolf Rocker schrieb in seinem Text > Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus <

Der moderne Sozialismus war im Grunde genommen nur eine natürliche Fortsetzung der großen liberalen Gedankenströmungen des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Liberalismus hatte dem System des fürstlichen Absolutismus den ersten tödlichen Schlag versetzt und das gesellschaftliche Leben auf neue Bahnen gelenkt. Seine geistigen Träger, die in dem Höchstmaß der persönlichen Freiheit den Hebel jeder kulturellen Neugestaltung erkannten und die Betätigung des Staates auf die engsten Grenzen beschränken wollten, hatten damit der Menschheit ganz neue Ausblicke ihrer zukünftigen Entwicklung eröffnet, die unbedingt zu einer Überwindung aller machtpolitischen Bestrebungen und zu einer sachkundigen Verwaltung gesellschaftlicher Dinge hätte führen müssen, wenn ihre wirtschaftliche Einsicht mit ihrer politischen und sozialen Erkenntnis gleichen Schritt gehalten hätte. Das aber war leider nicht der Fall. ⁶

Um die Frage, wie die Verteilung des Volkseinkommens gerechter gemacht werden kann, geht doch von Beginn an der sozialökonomische Streit und deshalb wurden Kriege geführt. Wenn in diesem Ringen in der Vergangenheit die Marxisten den vorläufigen Sieg davon trugen, so hängt das nach meiner Einschätzung damit zusammen, dass das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft - bei Ausblendung der Folgen - leichter verstanden wurde als das der Marktwirtschaft. Wenn der freiheitliche Sozialismus in Zukunft siegen soll, dann müssen wir dazu beitragen, dass die Marktwirtschaft in ihrer Funktionsweise verständlicher wird. Das heißt dann auch, dass wir mit unseren Erklärungen nach Möglichkeit keine zusätzliche Verwirrung stiften sollten.

Wir stehen mit Proudhon, Gesell und anderen Denkern in einer Reihe für die freiheitliche Überwindung des Kapitalismus, da können wir doch nicht sagen, dass der Kapitalertrag den Weg zur Überwindung des Kapitalismus weist.

Um uns daran zu erinnern, für welchen Weg wir uns entschieden haben, bringe ich noch zwei Auszüge aus dem Kapitel „Sozialismus und Staat“ aus dem Buch von Rudolf Rocker „Die Entsch-

5 Dass die Statistik unzuweckmäßigerweise den Unternehmerlohn hier auch dazu rechnet, spielt für die hier zu klärende Frage keine Rolle.

6 Quelle und weitere Zitate einschließlich Link mit Auskunft zur Person des Autors sind hier zu finden: <http://www.tristan-abomeit.de/pdf/144.0.Freiheit.zu.Ende.denken.Offener.Brief.Steingart.pdf> Fußnote 9. Seite 11 und <http://www.tristan-abomeit.de/pdf/120.Handelsblatt.Wagenknecht.Marktwirtschaft.pdf> Auszüge ab Seite 14.

„dung des Abendlandes“, 1949 (341 Seiten):

Unter den wenigen sozialistischen Denkern jener Periode, die versuchten, ihre sozialistischen Bestrebungen auf eine wirklich freiheitliche Grundlage zu stellen, war Proudhon zweifellos der Bedeutendste. Seine zersetzende Kritik der jakobinischen Überlieferungen, des Regierungswesens und des blinden Glaubens an die Wunderkraft der Gesetze und Dekrete wirkte wie eine befreiende Tat, die in ihrer vollen Größe selbst heute noch nicht völlig erkannt wurde. Proudhon hatte klar erkannt, daß der Sozialismus freiheitlich sein müsse, wenn er als Schöpfer einer neuen gesellschaftlichen Kultur überhaupt in Frage kommen sollte. In ihm brannte die lodernde Flamme einer neuen Zeit, die er vorausahnte und deren soziale Gestaltung er im Geiste klar vor sich sah. Er war einer der ersten, welche der politischen Metaphysik der Parteien die konkreten Tatsachen der Wirtschaft entgegenstellten. Die Wirtschaft war ihm die eigentliche Basis des gesamten sozialen Lebens, und da er mit tiefem Scharfblick erkannt hatte, daß gerade das Wirtschaftliche gegen jeden äußeren Zwang am empfindlichsten ist, so verknüpfte er mit innerer Folgerichtigkeit die Abschaffung der Wirtschaftsmonopole mit der Ausschaltung alles Regierungswesens aus dem Leben der Gesellschaft. Für ihn hatte der Kultus der Gesetze, dem alle Parteien jener Periode mit einem wahren Fanatismus oblagen, nicht die geringste schöpferische Bedeutung, wußte er doch, daß in einem Gemeinwesen von freien und gleichen Menschen nur das freie Übereinkommen das einzige moralische Band aller gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander sein konnte. (S. 304 f.)

Der Liberalismus selbst konnte diese höchste Phase einer bestimmten Ideenentwicklung deshalb nicht erreichen, weil er die wirtschaftliche Seite der Frage zu wenig ins Auge gefaßt hatte, wie bereits an einer anderen Stelle ausgeführt wurde. Nur auf der Basis der genossenschaftlichen Arbeit und der Gemeinsamkeit aller gesellschaftlichen Belange ist wahre Freiheit möglich denn es gibt keine Freiheit des Einzelwesens ohne Gerechtigkeit für alle. Auch die persönliche Freiheit wurzelt im sozialen Bewußtsein des Menschen und erhält erst durch dieses ihren eigentlichen Sinn. Die Idee der Anarchie ist die Synthese von Liberalismus und Sozialismus: Befreiung der Wirtschaft von allen Fesseln der Politik Befreiung der Kultur von allen machtpolitischen Einflüssen; Befreiung des Menschen durch die solidarische Verbundenheit mit seinesgleichen oder, wie Proudhon sagte: „Vom sozialen Gesichtspunkt gesehen, sind Freiheit und Solidarität verschiedene Ausdrücke für denselben Begriff. Indem die Freiheit eines jeden in der Freiheit der anderen nicht mehr eine Schranke, wie die Erklärung der Menschenrechte von 1793 sagt, sondern eine Stütze findet, ist der freieste Mensch derjenige, der die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen hat.“^{7 8}(S. 316 f.)

Diese Sätze von Rudolf Rocker behandeln nicht direkt das Kapitaleinkommen, stecken aber den

⁷ Das Zitat von Proudhon klingt doch so, als sei es von Dieter Suhr.

⁸ Die genossenschaftliche Arbeit hat in Konkurrenz mit anderen Formen der Kooperation ihren Eigenwert, dass sie kein Instrument zur Überwindung des Kapitalismus ist, wissen wir.

Rahmen ab, in dem es bewertet und überwunden werden muss. Schauen wir bei Gesell nach, was er zum vollen Arbeitsertrag sagt. Der volle Arbeitsertrag ist der, der nicht um das Kapitaleinkommen reduziert wurde. Ich selber stelle mir die Frage, ab welcher prozentualen Steuerlast auch der Staat der Ausbeuter ist. Die Bevormundung des Menschen steigt in gleicher Weise mit der Kapitalertragsquote und der Steuerlastquote.

Was ist der volle Arbeitsertrag?

Wenn wir vom Rechte auf den „vollen“ Arbeitsertrag und von seiner Verwirklichung sprechen wollen, so müssen wir uns vorher darüber verständigen, was wir als „vollen“ Arbeitsertrag ansehen oder erklären wollen, denn sonst werden wir uns unmöglich einigen können über die Mittel, die angewendet werden müssen, um jenes Recht zu verwirklichen. ...

... Ein Recht, durch das dem *Einzelnen* sein voller Arbeitsertrag gesichert werden soll, kann es also nicht geben; und wenn die Forderung auf ein solches Individualrecht erhoben würde, müßten wir es für unmöglich erklären, einen Richter anzustellen, der darüber zu entscheiden hätte, ob beim Tausch der Produkte der Ertrag dem Produkte voll entspricht. Ein Individualrecht auf den vollen Arbeitsertrag ist Schimäre. Jedoch, wenn es auch kein *Individualrecht* auf den vollen Arbeitsertrag geben kann, so ist ein *Kollektivrecht* dagegen sehr wohl denkbar; denn betrachten wir Arbeit und Tausch vom Standpunkt der Kollektivität, so fällt Produkt und Ertrag, genau wie bei der Urwirtschaft, in eins zusammen, und alle persönlichen, örtlichen, zeitlichen und qualitativen Umstände, die den Einzelarbeitsertrag beeinflussen, fallen fort. Was der eine weniger einträgt, gewinnt der andere, die Gesamterträge entsprechen immer genau dem Gesamtprodukt. *Vorausgesetzt natürlich, daß sämtliche Arbeitsprodukte zur Verteilung innerhalb der Kollektivität der Arbeiter gelangen.* Ist diese Voraussetzung erfüllt, so ist der Kollektivarbeitsertrag „voll“, und das Recht auf diesen verwirklicht.

Um das Kollektivrecht auf den vollen Arbeitsertrag zu verwirklichen, ist nichts von alledem nötig, was das Individualrecht verlangt – kein Richter, kein Kläger, kein Beklagter, kein gesetzlich anerkannter Maßstab zum Nachmessen, ob der Arbeitsertrag dem Arbeitsprodukte voll entsprach. Kein Preiskodex, kein Verkaufszwang, kein Attentat auf das Eigentum. Nur eine Bedingung ist zu erfüllen:

Es dürfen keine Arbeitsprodukte an Nichtarbeiter abgegeben werden; mit andern Worten: Das *arbeitslose Einkommen* muß abgeschafft werden. Ist dies erreicht, so ist damit auch der Beweis erbracht, daß das Kollektivrecht auf den vollen Arbeitsertrag verwirklicht worden ist. Einen anderen Beweis als diesen kann es nicht geben.

Mit der Verwirklichung des Kollektivrechts auf den vollen Arbeitsertrag werden jedoch auch alle „Ansprüche“ des Individuums auf seinen vollen Arbeitsertrag, soweit sie überhaupt mit dem Eigentumsrecht verträglich sind, befriedigt, denn durch die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens wächst gleichzeitig mit dem kollektiven Arbeitsertrag (Lohnfonds) auch der Einzelertrag und zwar in gleichem Verhältnis. Betrug das arbeitslose Einkommen 20, 30 oder 40 Prozent des

Gesamtarbeitsproduktes, so steigt der Einzelarbeitsertrag auch um 20, 30 oder 40 Prozent – denn das Tauschverhältnis der Produkte wird ja dadurch nicht berührt. Dieses Tauschverhältnis wird nach wie vor durch Nachfrage und Angebot bestimmt werden, und zwar wird diejenige Arbeit den geringsten Ertrag geben, zu der der Andrang verhältnismäßig am größten ist.
Silvio Gesell Gesammelte Werke Bd, 4, ab Seite 19

Schon während des Vortrages von Norbert Olah in der SGT fiel mir der Titel „Die Todsünde der Nationalökonomie“ von Dr. Otto Conrad (Privatdozent für politische Ökonomie an der Technischen Hochschule in Wien), 1934 (mein Geburtsjahr) ein. Conrad wendet sich gegen die Bezeichnung des Einsatzes von Kapital und Boden als Faktoren. Er begründet, warum nur die Arbeit im Produktionsprozess ein Faktor ist. Ich hatte das Gefühl, Norbert Olah und seinem Publikum die Aussagen von Conrad näher bringen zu müssen. Zuhause angekommen, fand ich das Buch dort nicht, wo ich es vermutete. (Und die Suche hat bei mir meistens eine Themenerweiterung zur Folge. Davon werde ich später berichten.) Mir fiel dann aber ein, dass ich in einem Text von mir Auszüge gebracht habe. Diesen Beitrag - den ich gleich benennen werde – habe ich dann auch gefunden und mit ihm den Hinweis darauf, dass ich nur eine Kopie des Buches von Conrad habe. Die gehefteten DIN A 4-Blätter fand ich dann auch schnell.

Die Auszüge aus „Die Todsünde der Nationalökonomie“ von Otto Conrad findet man in meinem Text „Das Geld, das „Giralgeld“, das Kapital, der Zins und die Produktionsfaktoren haben schon viele kluge Köpfe verwirrt“ ab Seite 67.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/38.0%20Vom%20Gelde%20und%20vom%20Kapital%204.06.odt.pdf>

Betrachten wir das Problem abschließend noch einmal ohne Literatur. Über Jahrzehnte haben z.B. die Öl fördernden Länder den nicht fördernden Ländern zu Kartellpreisen ihr Öl verkauft. Die Grundrente aus der Förderung wurde nicht ökonomisch neutralisiert, sondern sie wurde privat von Kapitalgesellschaften oder von den Öl fördernden Länder angeeignet. Die „Ölproduzenten“ wurden so in die Lage versetzt, einen beachtlichen Teil ihrer Gewinne aus Öl in der Industrie der Länder anzulegen, die zuvor die Abnehmer des Öl waren. Die Folge ist, dass die produktive Arbeit erst ohne Rückverteilung die Grundrente für das Öl aufbringen musste und danach die Rendite – ein Teil ihres Arbeitsertrages - an die Öl-Kartell-Mitglieder liefern muss. Hier wird doch die Klassenbildung und -fixierung deutlich sichtbar. Ein Modell, das die zweite Stufe der doppelten Ausbeutung beibehalten will, kann doch nicht zur einem „ausbeutungsfreien Wirtschaftsprozess“ führen. Auf diese Weise werden die Arbeitnehmer nie zu Gesellschaftern ihrer Arbeitsstätten.

Überleitung zum Thema „Bankpolitik heute und morgen“, das kein Thema der 58. Mündener Gespräche war. Es ist die Folge meines weiter oben geschilderten Suchens nach dem Titel von Otto Conrad. Da ich keine systematische Ordnung in meinem Bestand an Büchern, Schriften und Blättern habe und auch kein Verzeichnis, bin ich beim Finden von Unterlagen immer auf mein Erinnern angewiesen und wenn die Erinnerung mit falschen Fakten verbunden ist, ist das Suchergebnis leicht negativ. Das Suchen kann sowohl beflügelnde Wirkungen haben wie auch depressive. Diesmal habe ich mich erst einmal gefreut, dass ich die Lebens-Erinnerungen von Rudolf Eucken, dem Vater von Walter Eucken, in die Hände bekam. Es ist ein Titel, den ich vor einiger Zeit vergeblich gesucht habe. Bei der Gelegenheit kam mir auch „Die Krise des Kollektivismus“ von Wilhelm Röpke, der Titel „Wettbewerb Monopol und Unternehmer“ von Walter Eucken, der Sonderdruck aus dem Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik „Wissenschaft und Utopie im Hauptwerk von John Maynard Keynes“ von Prof. Georg Hummel⁹ vor die Augen. Und dann noch ein Bildband „Das Menschenbild auf Münzen und Medaillen von der Antike bis zur Renaissance“, den ich gar nicht mehr in Erinnerung hatte. Aber anhand der Widmung konnte ich feststellen, dass er zu dem Bücherbestand der verstorbenen Professorin für christliche Religion und Englisch, Karin Freund-Heitmüller – Ehefrau des verstorbenen jüdischen Professors für Soziologie oder Politikwissenschaften – gehört hat. Ich habe das Buch mit einigen Dutzend anderen Büchern aus einem Altpapiercontainer gerettet. Das Deprimierende an der Suche ist dann, dass sich so viele Titel finden, die noch gelesen werden wollen und sich wie von selbst vermehren. Mir fällt dann wieder das Bild von der Leselampe im Sarg ein. Ich erinnere mich dann an die leisen Vorwürfe von Karl Walker, dass ich ja nicht lesen würde. Wie auch, wenn der Arbeitstag einschließlich Pausen und Wege schon 12 Stunden beanspruchen, das Engagement für und in der LSP, FDP, DIE GRÜNEN; die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, die DAG und die Humanistische Union (nacheinander oder parallel) Zeit in Anspruch nahm und zu Hause die Frau und vier Kinder dringend auf mein Erscheinen – aber nicht zum Lesen – erwarteten.¹⁰ Aber immerhin ist es mir nicht so ergangen wie dem Mann, von dem mir der Leiter des Seemannsheimes in Bremen vor über 50 Jahren berichtete, der während seines Arbeitslebens fleißig Bücher in einer Kiste gesammelt hat, die er als Rentner lesen wollte. Es war ein guter Vorsatz, leider lag er schon selber in einer Kiste, bevor er das erste Buch gelesen hatte.

9 Er war der einzige Dozent an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, der zu meiner Zeit, 1964/66, – wenn auch hinter vorgehaltener Hand – zugab, bei Gesell viel über Geld und Kritik gelernt zu haben.


10 In der zweiten Ehe mit drei Kindern bin ich erst mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben in Abwechslung mit anderen Tätigkeiten zum „richtigen“ Lesen gekommen. Da ich aber ein langsamer Leser bin, komme ich gegen den Berg der ungelesenen Büchern und Schriften in meinem Bestand nicht an. Aber es gibt auch viele Orte in Deutschland und auf der Welt, die sehenswert sind, ohne dass man sie je besuchen wird, warum sollen dann keine Bücher im Regal stehen, die man nie lesen wird.

Meine Suche nach der „... Todsünde der Nationalökonomie“ fand zu dem Zeitpunkt statt als von Steffen Henke (Email: info@neuesgeld.net) sein *Newsletter Nr. 34 vom 3. November 2016* eintraf und darin folgendes zu lesen war:

Vielleicht haben Sie sich gewundert, dass es in den vergangenen Monaten weniger Blogbeiträge und Einträge in den sozialen Netzwerken von mir gegeben hat. Die Begründung ist einfach, ich schreibe gerade meine Erkenntnisse zum Finanzsystem nieder, voraussichtlich im Sommer des kommenden Jahres wird das Buch veröffentlicht. Ich gebe zu, es war nicht geplant, ich erreiche am liebsten Menschen über Vorträge, da bei dieser Arbeit im gewissen Rahmen auch ein Dialog stattfinden kann. Der intensive Impuls für das Buch kam von einem Freund, wie immer es ihm gelungen ist, diese Aktivitäten bei mir auszulösen. Ca. 90 % des Werkes sind fertiggestellt. Ich werde bei der Gelddefinition ansetzen, Ableitungsfehler wegen der zu schwachen Unterscheidung zwischen Geld und Forderung auf Geld diskutieren und Lösungsansätze beschreiben. **Fließendes Geld für eine gerechtere Welt**, sollten Sie sich mit meinen Untersuchungsergebnissen von aus über zwanzig Jahren auseinandersetzen wollen, dann freue ich mich bereits heute über Ihr Interesse!

Steffen Henkes Buchprojekt und der von mir angeregte, aber bisher auf wenig Widerhall gestoßene Bankenbrief im Kopf, lösten eine erhöhte Aufmerksamkeit auf den Titel „Bankenpolitik heute und morgen / Ein Gutachten“ von Dr. Wolfgang Stützel o. Professor an der Universität des Saarlandes, aus. Das Gutachten wurde im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers 1964 erstellt. (1964 war **Kurt Schmücker** unter Ludwig Erhard als Kanzler Wirtschaftsminister.)

Das Gutachten umfasst mit Sachregister 108 Seiten. In dem Inhaltsverzeichnis gibt es keine Position „Kreditschöpfung der Banken“. In dem Stichwortregister findet man die Eintragung: „Geldschöpfung s. a. Fristentransformation“, 22, 25, 27. Auf den Seiten findet man aber nichts, was für die Kreditschöpfungstheoretiker sprechen würde. Ich fand in dem Gutachten eine Besprechung der FAZ vom 29. 8. 1964. Ich werde sie einscannen und anhängen.¹¹ Professor Stützel war wohl zu seiner Zeit einer der wenigen Hochschullehrer, die sich um die Inhalte von Gesells Lehre gekümmert haben. Es gibt jedenfalls einen Eintrag von ihm im Evangelischen Soziallexikon von 1958. Dieser Lexikoneintrag und einen von Prof. Popescu im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften von 1965 sind zu finden im Anhang von:

- 2.0  **Der Dritte Weg** (75 Seiten, 406 KB)
Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)
- Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- Erstellt zum Programmkongress der GRÜNEN im *März 1980* in Saarbrücken

¹¹ Es ist zweckmäßig die Datei auszudrucken und die Überlappungen des Textes abzuschneiden oder zu überkleben.

Ich habe mich sicherheitshalber versichert, ob meine Aussage zu den Lexikaeinträgen stimmt. Popescu ist dort zu finden. Den Eintrag von Stützel scanne ich ein. Leider ist meine Kopie schon etwas lädiert.

Den **Fairconomy Newsletter Nr. 60** fand ich schon am Sonntagabend nach Wuppertal bei mir vor. Ich wollte Vlado Plaga und MitwirkerInnen eigentlich gleich ein paar lobende und aufmunternde Worte schreiben, bin aber einfach nicht dazu gekommen.

Als ich folgenden Hinweis auf den Artikel über Eden von Dietrich Heißenbüttel mit dem Titel [>Niedergang der Obstbaukolonie Eden<](#) las habe ich gedacht, hier hätte man ja auch einen Link auf meinen Beitrag setzen können, der das Thema für Forscher erweitert.

142  **[Hinweise und Anliegen, die zur Gründung von Siedlungsgenossenschaften mit Reformanspruch geführt haben](#)**

Ein Merkzettel für am Bodenrecht Interessierte und Anmerkungen zu den Versuchen von bestimmten linken Gruppen das Anliegen zu desavouieren von Tristan Abromeit / Abschluss: 12. Oktober 2016 (48 Seiten / 4.832 KB)

Das Gleiche gilt auch für die Ausgabe 06/20016 der Zeitschrift **Humane Wirtschaft**, die den Artikel von Dietrich Heißenbüttel dort unter dem Titel *Paradies am Abgrund bringt*.

Zu bedenken ist aber, dass wir gerne den Spruch „Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit“ von Proudhon in Anspruch nehmen. Ich betreibe – wenn ich mich recht erinnere – seit 2004 meine Internetpräsentation. Unzählige Male habe ich in meinen Texten auf andere Seiten der NWO-Gruppen hingewiesen. Ich konnte aber noch nicht ein einziges Mal feststellen, das ein Link von den eigenen Leuten auf einen Text von mir oder für meine Internetpräsentation gesetzt wurde. Ich habe allerdings da auch nicht danach gesucht und keinen Überblick über alle Veröffentlichungen im NWO-Umfeld.

Ich komme an dieser Stelle ungeplant zu **Gunnar Heinsohn**, einem ehemaliger Professor der Uni Bremen, den manche von uns in Zusammenhang mit Otto Steiger - der ebenfalls Professor in Bremen war und als Referent in den Mündener Gesprächen (damals in der Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen, die für mich persönlich eine Sprosse in meiner Lebensleiter ist) aufgetreten ist. Beide zusammen haben an einer Eigentumstheorie des Geldes gearbeitet.

Ich habe Prof. Steiger – der verstorben ist – kurz kennen gelernt, als ich nach Karl Walkers Tod im Dezember 1975 die Restauflage seiner Schrift „Milliarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer – Ein Gutachten, das nicht bestellt wurde“ in den Norddeutschen Universitäten verteilt habe. Er hat mich

damals spontan eingeladen, bei ihm an einem Seminar über alternative Ökonomien mitzuwirken. Daraus ist nichts geworden, weil ich in einer Lebenssituation war, die keine Kraft für zusätzliche Einsätze bot und wie so häufig, operierte ich mit einem leeren Kühlschrank und einer mageren Portokasse.

https://de.wikipedia.org/wiki/Gunnar_Heinsohn

[https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Steiger_\(Wirtschaftswissenschaftler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Steiger_(Wirtschaftswissenschaftler))

Heinsohn erregte in der Freiwirtschaft Aufsehen mit einem Essay „Zinsen, Hexen, Habermas – Gesellschaftserklärung oder Wirklichkeitsverleugnung“. Arthur Rapp, der Vater von Anselm Rapp – der Webmaster der NWO-Liste und mehrerer Internetauftritte ist – hat damals davon ein sechsseitiges Flugblatt gemacht, das wir als Nachdruck auch bei den Grünen verwendet haben. Ich scanne den Text ein und hänge ihn ebenfalls an.

Dieses Flugblatt musste ich natürlich suchen, wenn ich auch wusste, wo ich suchen musste. Bei der Gelegenheit kamen mir auch Arbeiten von Prof. Holger Bonus vor die Augen – die ersten aus der Uni Konstanz und spätere aus dem Genossenschaftsinstitut der Uni Münster. In der Mappe Heinsohn fand ich folgende Texte, die ich erwähne, damit wir nicht vergessen, dass wir uns mit unseren freiwirtschaftlichen Gedanken nicht in einer gedanklichen Isolierkammer bewegen:

1. Das Flugblatt *Zins, Hexen, Habermas*, 1983 oder später erstellt.
2. Geld, Produktivität und Unsicherheit in Kapitalismus und Sozialismus, Gunnar Heinsohn / Otto Steiger, Sonderdruck aus *Leviathan – Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 9. Jahrgang 1981, Heft 2
3. Ausdruck eines Netzbeitrages vom 28. 8. 2000 von Systemfehler.de: *Zinstheorie von Heinsohn & Steiger: der klassische Griff ins Klo?*
4. Eine vierteilige Artikelserie von Paul C. Martin über Heinsohns und Steigers Forschung in der Zeitung *Welt am Sonntag*, beginnend am 25. April 1982.
5. *Privates Grundeigentum, patriarchalische Monogamie und geldwirtschaftliche Produktion – eine sozialtheoretische Rekonstruktion zur Antike* von Gunnar Heinsohn, Juli 1982. Heinsohn hat handschriftlich auf der Titelseite notiert: „Wird ökonomische Dissertation des Verfassers. Nicht vervielfältigen!“ (Meinem Ordner Steiger / Heinsohn) entnehme ich, dass ich die Kopien der Artikelserie von Steiger, die Dissertation von Heinsohn erhalten habe.)
6. Ein Bericht über die Verleihung des Friedenspreises an den Philosophen Jürgen Habermas aus der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 15. 10. 2001.¹²
7. Vortragskript von Otto Steiger: *Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum*, 32. Mündener Gespräche in der Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen, 19. / 20. Oktober 2002. (auf Englisch). Die Gliederung ist auf Deutsch. Ich scan-

¹² Die Tochter unseres verstorbenen Freundes Prof. Dr. Ernst Winkler Gertrud Nunner-Winkler hat im Umfeld von Prof. Habermas gearbeitet. Hier wird sie erwähnt: <https://www.youtube.com/watch?v=Kd9DxuwVlww> Bei Amazon findet man Bücher von ihr. Ich selber habe sie hier auf der Seite 7 zitiert: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/137.0.Fragen.der.Toleranz.Privilegien.Kirchen.pdf>

ne sie ein und hänge sie an.

8. Der nächste Titel fällt aus dem Rahmen der Sammlung Heinsohn / Steiger. Ich erwähne ihn trotzdem, falls einer über die Frage „Was ist Geld“ schreibt. *Was ist Geld? - Eine Podiumsdiskussion*, mit Joseph Beuys, Johann Philipp von Bethmann, Hans Binswanger, Werner Ehrlicher und Rainer Willert, FIU-Verlag 1991 (mir liegen Kopien der Seiten 22 bis 57 und 92 / 93 vor.)

Ich denke, einleuchtender wie Gesell beschreiben die anderen hier genannten Autoren das Wesen und die Wirkungen von Geld und die Ursachen von Zins nicht. Und wenn Paul Mason in seinem Buch *Postkapitalismus*, 2016 im Abschnitt Fiatgeld auf der Seite 41 / 42 schreibt,

„Geld wird von Staaten geschaffen, und so ist es immer gewesen. Geld existiert nie unabhängig von Regierungen. Es ist immer gleichbedeutend mit dem von einer Regierung gegebenen > Versprechen der Auszahlung <. Sein Wert hängt nicht vom inneren Wert eines Metalls ab, sondern vom Vertrauen der Menschen in das Auszahlungsversprechen eines Staates.“

so ist diese Aussage besser als von jenen Autoren, die noch immer auf den inneren Wert oder zumindest auf eine Deckung des Geldes pochen. Aber die Aussage von Paul Mason ist doch noch unpräzise. Was soll das Versprechen der Auszahlung, wenn der Staat bei der Vorlage von Noten oder Münzen dem Einreicher nur andere Noten oder Münzen dafür geben kann oder bestenfalls dem Einreicher bescheinigt, dass er eine Steuerschuld damit beglichen hat. Es kommt auch nicht darauf an, dass der Staat das Geld in den Verkehr gibt, sondern genauer, dass in einer Volkswirtschaft / in einem Wirtschaftsraume eine Institution das Monopol auf die Emission von Geld übertragen wird. Ein System der konkurrierenden Währungen in einer Volkswirtschaft ist nur möglich, wenn Waren als Währungen benutzt werden. Ein Geld mit stabilem Preisniveau ist mit Warenwährungen aber nicht zu haben. Konkurrierende Währungen machen übrigens eine Vielzahl von Wechselkursen in einem Wirtschaftsraum erforderlich. Es klingt merkwürdig, aber es ist so: Eine dezentrale Wirtschaftsordnung mit einem atomistischen Wettbewerb hat ein monopolistisches Geldsystem zur Voraussetzung. Natürlich ist das Vertrauen der Wirtschaftsteilnehmer in ihre Währung eine Bedingung ihrer Funktionsfähigkeit. Aber das Vertrauen kann nicht verordnet werden, sondern es muss durch die konkrete Erfahrung erworben werden. Und diese Erfahrung besteht darin, dass die Menschen morgen und im nächsten Jahr die gleiche Menge Güter für ihr Geld kaufen können wie heute. Damit das möglich ist oder wird, muss die nachfragende Geldmenge laufend der angebotenen Gütermenge angepasst werden. Umgekehrt kann die Balance nicht hergestellt werden. Damit das möglich wird, muss eben eine Umlaufsicherung durch eine Geldbenutzungsgebühr eingerichtet werden, damit die Aufgabe der Notenbank, der Geldmengenregulierung nicht mehr durch das Horten von Geld seitens der Wirtschaftsteilnehmer gestört werden kann. Fließendes Geld ist die Bedingung des Wohlstandes. Die zusätzlichen Wirkungen auf die Beschäftigung und auf die Einkommensverteilung

lung sind ja bekannt. Manchmal vergessen wir bei unserer Verzagtheit aufgrund der geringen Aufklärungserfolge, dass wir mit den einfachen, aber richtigen Beschreibungen der Zusammenhänge einen wahren ökonomischen Schatz haben. So lange keine besseren Erkenntnisse vorliegen, haben wir keinen Grund, die beschriebenen nachvollziehbaren Einsichten von Gesell auf die Abfallhalde der Theorien zu werfen.

Nun will ich endlich erzählen, warum ich hier auf Gunnar Heinsohn gekommen bin. Während ich schreibend über das Gehörte und Erlebte in den 58. Mündener Gesprächen nachdachte, trafen wie immer laufend E-Mails ein. Darunter auch ein Mail von einem Mann, der 90 Jahre alt wird und sogenannte Newsletter über das Börsengeschehen bezieht. Der Grund ist, dass er seine Altersversorgung privat mit Wertpapieren und Aktien aufgebaut hat. Das erstaunlichste für mich ist, dass die Beraterbriefe, die ich bisher zu Gesicht bekommen habe, sich am wenigsten mit der Kursentwicklung beschäftigen, sondern meisten mit dem politisch-gesellschaftlichen Umfeld, in dem das Wirtschaftsleben stattfindet. In dem diesmal an mich weitergeleiteten Newsletter wird auf ein Interview der Neuen Zürcher Zeitung mit Gunnar Heinsohn hingewiesen. Das Veröffentlichungsdatum liegt zwar schon 10 Jahre zurück (19. 11. 2006), das tut dem Inhalt aber keinen Abbruch. Es gibt genügend aktuelle Beiträge von Heinsohn im Netz. In dem Beitrag

«**Wo es zu viele junge Männer gibt, wird getötet**» <http://www.nzz.ch/article05x7-1.76650>

NZZ am Sonntag: Sie haben eine Art Weltformel der Geschichte entwickelt. «Youth Bulge» heisst die Theorie, die Sie auch zur Analyse der Gegenwart benutzen. Wie lautet sie?

Gunnar Heinsohn: Ich habe den Versuch einer Weltformel aufgegriffen, die der Franzose Gaston Bouthoul 1970 vorgelegt hat. Ich habe sie weiterentwickelt und an über 70 Ländern empirisch überprüft. Das Resultat: Immer dort, wo Mütter über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte im Schnitt 6 bis 8 Kinder haben, also 3 bis 4 Söhne, da wird es brenzlig. Nur ein, höchstens zwei Söhne können mit gesellschaftlichen Positionen versorgt werden. Die überschüssigen dritten und vierten Brüder, ehrgeizig und im besten Kampfesalter, emigrieren - oder holen sich ihre Position mit Gewalt. Wo es zu viele junge Männer gibt, wird getötet. Das führt zu Kriminalität, zu Bürgerkriegen, zu Genoziden an Minderheiten, Revolutionen, internationalen Kriegen oder Kolonisierungen. So lange, bis der Überschuss an Jünglingen weggetötet ist und die Geburtenzahl sinkt. ...

Warum sollte das für uns interessant sein? Ganz einfach, es berührt unser Selbstverständnis als Vertreter der Freiwirtschaftsschule. Unser Verständnis von der NWO ist doch, dass ihre Realisierung die Freiheit fördert und sichert, ebenso die soziale Gerechtigkeit und den Frieden. Wenn die gesellschaftlichen Abläufe, die Heinsohn schildert, stimmen und eine realisierte Freiwirtschaft daran

nichts ändern würde, dann wäre unser Selbstverständnis ein Selbstbetrug. Wir haben also allen Grund, uns auch mit konkurrierenden Vorstellungen von Gesellschaftsentwicklung auseinanderzusetzen und mit den Aussagen anderer Autoren und Schulen die eigenen Erwartungen an der Wirkungsmächtigkeit der NWO zu überprüfen. Ich selber gehe davon aus, dass auch bei fortschreitender Automatisierung und bei drastisch verkürzten Arbeitszeiten bei Anwendung der freiwirtschaftlichen Erkenntnisse auch die „überzähligen“ Söhne eine sinnvolle Arbeit bzw. Stellung in der Gesellschaft finden. Außerdem ist es ja wohl eine gesicherte Beobachtung, dass bei steigendem Wohlstand die Geburtenrate sinkt, so dass sich das Problem auch von dieser Seite auflöst.

Wir sind zu wenig Mitwirker bei dem Umfang der Themen, die zu dem Modell „NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORNDUNG“¹³ gehören. Wir sollten die Themen aber wenigstens benennen.

1. Damit wir uns selbst nicht in Einseitigkeiten verlieren und 2. um Mitwirker zu gewinnen, die keine Lust oder keine Fähigkeiten haben, die Themen Geld und Boden zu bearbeiten, wohl aber z. B. die Bereiche freiheitliches und die Freiheit förderndes Bildungssystem, die Verfassung oder eine Gestaltung Europas, die Begeisterung auslöst und nicht zunehmenden Verdruss. Europa, genauer die EU, leidet darunter, dass das Abgleiten der Mitgliedsstaaten in eine zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung, zum Regierungsprinzip erhoben wurde. In der Bildungspolitik gewinnt neben dem Bildungskommunismus immer mehr das faschistische Denken in unseren „demokratischen“ Parteien die Oberhand. Das Faschistische drückt sich darin aus, dass die Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Bürger angestrebt wird. Das Wort von der Freiheit des anders Denkenden wird immer mehr in dem Sinne verstanden, dass die anderen so denken sollen, wie man selbst denkt. Die Beschäftigung mit der fehlenden Verfassung, könnte sichtbar machen, wie weit Deutschland vom demokratischen Kurs abgekommen ist.

Ich mache jetzt Schluss, weil auch ein Schreiben ohne Ende die Aufmerksamkeit der Leser überfordern und damit zum Verdruss führen kann. Ich musste die Arbeit an meinem Text wiederholt wegen familiärer Verpflichtungen unterbrechen, so dass das am Beginn stehende Datum nur für den Start gilt. Wir haben heute den 9. 11. 2016. Halbe oder ganze Nächte zu schreiben gelingt mir nicht mehr. Auch hier macht sich das Alter bemerkbar. TA

¹³ Es ist ein Programm zur Realisierung der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Keine Sonderstellung der Banken in der Marktwirtschaft

Das kreditpolitische Gutachten an Professor Stützel

D.V. BONN, 28. August (Eigener Bericht). Ein umfassendes Gutachten über „Die Aufgaben der Banken in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und die demgemäß anzustrebende Organisation des Bankenapparates“ hat **Professor Dr. Wolfgang Stützel** von der Universität Saarbrücken jetzt dem Bundeswirtschaftsministerium erstattet. Der Regierungsauftrag dazu war Ende 1958 in Zusammenhang mit der Vorbereitung des Kreditwesengesetzes von 1961 ergangen. Das Gutachten von Professor Stützel dient unter anderem als Material für die Wettbewerbsenquete im Kreditwesen, mit der sich das Bundeswirtschaftsministerium gegenwärtig befaßt. Die Arbeiten an dieser Enquete werden voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

In grollen Teilen des über hundert Seiten starken Gutachtens befaßt sich der Autor mit der Frage, ob und welche Regelungen der Soll- und Habenzinsen im Kreditgewerbe notwendig seien. Stützel stellt bei der Untersuchung dieser Frage unter anderem fest, daß die Habenzinsregelung (Höchstzinsen) „potentiell kundenabstoßend“ sei. Daher werde zwangsläufig der Wettbewerb der Kreditinstitute um die Einleger auf das Gebiet der Zugaben und Nebenleistungen verlagert. Das gebe zu der Befürchtung Anlaß, daß die gesamte Geschäftsstruktur der Banken volkswirtschaftlich unrationell werde, da jede Bank kostspieligen Kundendienst auch dann leisten müsse, wenn andere Spezialinstitute dieselbe Leistung billiger erbringen können. Im übrigen zeige sich dasselbe Bild wie beim Zugabewesen im Warenhandel: Häufig würde der Bedachte an Stelle der Zugabe lieber das bare Geld in Empfang nehmen, das diese koste.

Als „potentiell kundenanziehend“ bezeichnet Stützel dagegen die Sollzinsenregelung. Sie löse wiederum bei den Banken den Zwang aus, Koppelgeschäfte zu tätigen. „Zinsgestoppten“ Kredit erhalte nur, wer gleichzeitig viel Umsatzprovision bringe oder wer

in Aussicht stelle, der Bank seine nächste Emission anzuvertrauen oder sie zu Aufnahme in das Konsortium vorzuschlagen. Auch dieser Zwang sei unausweichlich und bedeute die Gefahr, daß die Kredite nicht den volkswirtschaftlich sinnvollsten Zwecken zugeführt würden. Stützel kommt so zu dem Schluß, daß Höchstsoll- und Höchsthabenzinsen bei einer neuen Zins- und Provisionsregelung möglichst vermieden werden sollten. Bei den Konditionen müsse mit den geltenden Einheitsbedingungen für große und kleine Kredite gebrochen werden. Der Autor des Gutachtens empfiehlt daher kostenabhängige Zinsen und Provisionen, die Gewährung von Großmengenrabatten und die Erhebung von Kleinmengenzuschlägen. Nur dann würden die Chancen, überhaupt Kredit zu erlangen, für jeden gleich groß sein, der bereit wäre, seinen Preis zu zahlen.

Für die praktische Regelung werden folgende Vorschläge unterbreitet: 1. Der Bundeswirtschaftsminister setzt durch Rechtsverordnung die Höchstsätze für Soll- und Habenzinsen gleichmäßig um ein bis anderthalb Prozent herab. Auf diese Weise sollen die aus der bisherigen Zinsbindung resultierenden währungspolitischen Nachteile beseitigt werden. Nach einer sechsmonatigen Übergangszeit hebt der Minister die Höchstzinsregelungen für Soll- und Habenzinsen ganz auf. 2. Die Postscheckkämter ändern ihre Geschäftsbedingungen und erheben für Zahlungsverkehrsleistungen Kostengebühren. 3. Die Bundesbank gibt wöchentlich bekannt, welche Zinssätze im Einlagen- und Kreditgeschäft der Banken von ihr festgestellt wurden (Erhöhung der Markttransparenz). 4. Die Verbreitung von Zinsgleitklauseln in den von den Banken mit ihrer - Nichtbankenkundschaft abgeschlossenen Verträgen wird eingeschränkt. 5. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen stellt fest, welche Anforderungen an eine öffentliche Werbung mit Konditionen gestellt werden müssen, um diese Angebote vom Vorwurf irreführender Werbung freizuhalten. Ein solches Gutachten soll als Grundlage für die Rechtsprechung in Wettbewerbsprozessen im Kreditwesen dienen. Schließlich erklärt Stützel, daß nach einer Freigabe der Soll- und Habenzinsen die Sparkassen, die seiner Ansicht nach als einzige in der Lage wären, eine Zinssenkungspolitik der Notenbank durch entgegengesetzte Bestrebungen zu beeinträchtigen, mit dem Hinweis auf die Verpflichtung der Bundestreue angehalten werden sollen, der Notenbankpolitik zu folgen (Artikel 73 Nummer 4 und Artikel 88 des Grundgesetzes).

Grundsätzlich lehnt Stützel die „weitgehend als selbstverständlich“ angesehene Auffassung ab, wonach Bankgeschäfte einer besonderen staatlichen Regelung und

Kontrolle unterliegen müßten, auf den Gebiet des Zahlungsverkehrs habe die Ordnungspolitik nur die Aufgabe, die marktmäßigen Tendenzen zu dessen Rationalisierung zu unterstützen. Auch im Hinblick auf die Währungspolitik verneint Stützel entschieden die Ansicht, daß die Einschränkung der Soll- und Habenzinsfreiheit aus konjunkturpolitischen Erfordernissen geboten sei. Die Banken seien, um solvent zu bleiben, auch ohne besondere Freiheitsbeschränkung in hohem Maße von der Zinspolitik der Notenbank abhängig. Dies gelte um so mehr, in je stärkerem Umfange sie Fristen transponieren (zwischen kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber der Kundschaft und längerfristigen Forderungen an ihre Schuldner), ohne die dadurch entstehenden Zinsänderungsrisiken durch Zinsgleitklauseln auszuschalten. Zur Verstärkung der Notenbank-Effizienz müßten diese Klauseln eingeschränkt werden, damit die Laufzeiten fester Zinszahlungs-versprechen mehr als jetzt den Darlehenslaufzeiten entsprächen.

Ausführlich beschäftigt sich das Gutachten ferner mit der Frage, auf welche Weise ein besserer Einlegerschutz erreicht werden könnte. Stützel lehnt es ab, aus der Tatsache, daß die Insolvenz einer Bank eine besonders große Breitenwirkung hat, bereits eine Sonderstellung und Sonderbehandlung der Kreditinstitute zu begründen. Auch in anderen Gewerbebezweigen treffe eine Insolvenz viele Gläubiger. Im Hinblick auf die Gläubigerrisiken bestehe der bedeutsamste Unterschied vielmehr darin, daß bei den heutigen Banken der Überschuß des gesamten haftenden Vermögens über die Schulden (Nettohaftungsreserve) besonders gering sei. Stützel nennt dazu folgende Zahlen: Im Jahre 1872 kamen auf eine Mark Eigenkapital bei Banken Durchschnittlich 1,22 Mark Fremdkapital. Im Jahre 1960 betrug dieses Verhältnis 1 DM Eigenkapital zu 19 DM Fremdkapital. Anders ausgedrückt, beliehen die Bankgläubiger, vor allem die Einleger, 1872 etwa 55 Prozent der gesamten Bankaktiven, 1960 rund 95 Prozent. Aus eigener Kraft konnten die Banken nach Stützels Erhebungen 1872 durchschnittlich Verluste in Höhe von 45 Prozent ihrer gesamten Aktiven tragen; 1960 lag dieser Satz nur noch bei fünf Prozent.

Zum Schutz der Bankgläubiger schlägt der Gutachter daher vor: 1. Es ist zu vermeiden, daß sich unter den Aktiven einer Bank ein Einzelrisiko befindet, das auch nur

seiner Größenordnung nach an die Größenordnung des Eigenkapitals herankommt“ („Diversifikationsgebot). 2. Die Nostroguthaben der Banken sollen in das Diversifikationsgebot einbezogen werden. 3. Der Anteil von gleichartig kursempfindlichen Aktiven an den Gesamtaktiva der Bank muß in angemessenen Grenzen gehalten werden. 4. Das Publikum darf nicht den Eindruck erhalten, daß die Vermögensstruktur aller Banken ziemlich gleich wäre. Dieser Eindruck entstehe jetzt durch die Uniformierung der Bankbilanzen infolge der Zulassung unterschiedlich hoher stiller Reserven.

Zu den seit 1931 praktizierten Aufsichtsmaßnahmen erklärt der Autor, daß die Erfüllung von Liquiditätsvorschriften nichts über die Solvenz der Banken aussage. Maßgeblich sei vielmehr die Bonität eines Instituts, also der Grad der Gewißheit, mit dem Dritte damit rechnen, daß ein Unternehmen keine nennenswerten Verluste haben werde. Bestehe diese Gewißheit, so könne das Unternehmen im Bedarfsfall weitere Kredite Dritter in Anspruch nehmen und habe damit große unsichtbare Liquiditätsreserven. Dann brauche es aber keine besonders hohen sichtbaren Liquiditätsbestände. Bestünde diese Gewißheit weniger oder gar nicht, dann könnten im Ernstfall auch die vorhandenen liquiden Mittel nicht viel helfen. Insofern seien Kassenhaltungsgebote und Liquiditätsvorschriften für den Einlegerschutz weder notwendig noch hinreichend. Das gleiche gilt nach Stützel auch für Maßnahmen zur Rentabilitätssicherung. Er erklärt zur geltenden Bonitätssicherung (Mindesteigenkapitalanforderung und Diversifikationsgebote) kritisch, daß dieses System in seiner gegenwärtigen Form planwirtschaftliche Züge trage und zudem für andere wirtschaftspolitische Zwecke eingesetzt werde. Wenn mit Hilfe ständiger Veränderungen der Eigenkapitalrichtsätze gedacht werde, den Umfang des gesamten Bank- und Kreditvolumens nach konjunkturpolitischen Absichten zu steuern, zeige sich die Gefahr dieser Zweckentfremdung. Im Hinblick auf den Einlegerschutz dürften auch die Angehörigen bestimmter Institutsgruppen nicht stärkeren oder schwächeren Anforderungen unterliegen als die Angehörigen anderer Institutsgruppen. Das bedeute eine unklare Verquickung von Einlegerschutz mit Mittelstandspolitik.

Stützel zieht aus diesen Feststellungen die Folgerung, nach dem Vorbild des aktienrechtlichen Jahresabschlusses eine (nicht zu veröffentlichende) „Einlegerschutzbilanz“ für Kreditinstitute einzuführen. Diese Sonderbilanz soll den besonderen Einlegerrisiken

Rechnung tragen. Bei verschlechterter Situation der Bank soll der Punkt, von dem an gläubigerschützende Rechtsfolgen ausgelöst werden, früher erreicht sein als in Fällen des aktienrechtlichen Jahresabschlusses. Das Gutachten macht dafür konkrete Vorschläge. Dazu gehören: Die Abschreibung aller Geldforderungen um fünf Prozent (notenbankfähige Wechsel um 2,5 Prozent); progressive Sonderabschreibungen bis zu dreißig Prozent auf Forderungen an einen Kreditnehmer, die zehn Prozent der Netto-Haftungsreserve übersteigen; Vorsichtsabschreibungen für übernommene Kursrisiken. Wenn die haftenden Vermögensgegenstände nach den Vorsichtsprinzipien dieser Bilanz nicht mehr ausreichen, um die eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen, müsse dies dem Aufsichtsrat angezeigt werden. Die Behörde habe dann die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Stützel erklärt zu seinem Vorschlag, die Einlegerschutzbilanz biete den Banken mehr Freiheiten als alle pauschalen Richtsatzsysteme. Eine Depositenversicherung wird von dem Verfasser grundsätzlich abgelehnt.

Ein besonderer Abschnitt des Gutachtens befaßt sich mit der „Sonderstellung der Sparkassen im Wettbewerb der Kreditinstitute“. Stützel erklärt, daß die Sparkassen über Steuer- und andere geldwerte Privilegien eine „Privilegienrente“ erhalten. Er macht zur Gleichstellung im Wettbewerb folgende Vorschläge für eine Flurbereinigung im Kreditgewerbe: Nur die Sparkassen sollen Organe aller staatlichen Kleinsparer-Förderungsmaßnahmen und die Träger staatlicher Kreditversorgungspolitik werden. Alle Förderungsmaßnahmen des Sparkassenrechts sollten begrenzt werden, indem Geschäfte zu Vorzugskonditionen nur mit bestimmten Personenkreisen zugelassen und Höchstbeträge je Person für die von der Förderung betroffenen Sparbeiträge, Kreditbeträge und Depots festgelegt werden. Den Sparkassen müsse es zugleich freigestellt und steuerlich erleichtert werden, die bisherigen Geschäfte, die nicht die besonderen steuerrechtlichen Gemeinnützigkeitsanforderungen erfüllen, auf einen neuen Rechtsträger zu übertragen. So könne etwa in Form der Aktiengesellschaft eine Kommunalbank im Hause der Sparkasse gegründet werden. Die Aktien dieser Kommunalbanken könnten von Sparern erworben werden. Die Habenzinsen von Sparkassen sollten von der Aufsichtsbehörde festgesetzt und für die Sollzinsen ein Tarifzwang (Einheitszins) eingeführt werden. Allen anderen Kreditinstituten einschließlich der Kommunalbanken stehe es frei, niedrigere oder höhere Sollzinsen zu fordern. Diese Institute könnten die Sparkassen dann im Kreditgeschäft durch Minderkonditionen und im Einlagengeschäft durch einen Zinsvoraus überbieten. Die

Sparkassen würden wegen des Verbots von Minderkonditionen automatisch nur förderungsbedürftige Anträge erhalten und könnten die förderungswürdigen auslesen. Erfülle ein Kreditanwärter die Förderungskriterien nicht, so müsse er versuchen, im privaten Bankenbereich durch höhere Zinsgebote zum Zuge zu kommen.

Nachbemerkung von TA im April 2017:

Der Bericht gibt das aus dem Gutachten wieder, was dem Berichtersteller wichtig war. Das Gutachten bezieht sich auf die Probleme, die damals im Blickpunkt standen. Aber aus dem Bericht und noch mehr aus dem Gutachten geht hervor, dass man im Jahr 1964 keine Geld- oder Kreditschöpfung der Banken gesehen hat. Beim Einscannen des Artikels von der vergilbten Zeitungsseite waren ein paarmal Anführungsstriche am Zitat Anfang oder -ende nicht zu erkennen.